

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Weisklein.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Millimeterzeile ober deren Raum 10 Goldpfennige, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsbekanntgaben 4 Goldpfennige. — Netto-Preis: Die Millimeterzeile 4spaltig ober deren Raum im Text 80 Goldpfennige

Dienstag, 15. Juli 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5 maligem Erscheinen monatlich 2.— wöchentlich 80 Pf. Einzelne durch Straenband 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebittner Straße 50. — Telephon: Breslau Nr. 31055 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837

Murder ins Präsidium - Hungernde ins Gefängnis!

Boltenhain — Hannover!

Keine Milde!

Die Revision im Boltenhainer Prozeß.

Als die wirtschaftliche Not im Herbst vergangenen Jahres so groß war, als die ungeheure Inflation die Arbeiterschaft vor ein Nichts stellte, haben die Proletarier Boltenhains zur Selbsthilfe gegriffen. Sie haben Lebensmittel aus den umliegenden Dörfern geholt, haben mit der Ortspolizei von Boltenhain einen gemeinsamen Sicherheitsdienst eingerichtet, um gemeine Verbrechen usw. zu verhindern. Nachdem durch auswärtige Volkstruppen die Ordnung im Sinne des Bürgertums wiederhergestellt war, wurden eine sehr große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen wegen Führerschaft und Teilnahme an angeblicher Zusammenrottung, wegen Amtsanmaung, Gefangenbefreiung usw. verhaftet und 5 1/2 Monate in Untersuchungshaft gehalten. Der Angeklagte Gottwald hatte als Untersuchungsgefangener eine ganz besonders kalte Zelle zugewiesen bekommen, aus der er als schwerkranker, gelähmt, herauskam.

Er ist heute noch so krank, daß er bei der Verhandlung nicht stehen kann.

Der Prozeß am 11./12. April gegen die angeblichen Führer, die sich gegen die Aufruhr- und Landfriedensbruchparagrafen vergangen haben sollten, brachte Urteile von

2 1/2 Jahren bis 6 Monaten Gefängnis.

15 der damals Verurteilten legten Berufung ein, weshalb am 12. Juli in Hirschberg erneut verhandelt wurde.

Die Vernehmung der 15 Angeklagten: Sauer, Gottwald, Burghardt, Stief, Richter, Mai, Scholz, Kern, Heinke, Paul Brosig, Baumell, Pausch, Wittmer und Artur Brosig, ergab, ebenso wie die Zeugenvernehmung, sehr deutlich, daß die Anklagen von der Boltenhainer Polizeibehore vollkommen willkürlich erhoben worden waren. Alle Arbeiter, Arbeiterinnen, von denen die Polizei wußte, daß sie Einfluß hatten, wurden einfach verhaftet, angeklagt als „Radelfuhrer“. Mit der gleichen Methode verhaftete man noch

125 angebliche Teilnehmer von Zusammenrottungen und sperrete sie monatelang ein!

Die Belastungszeugen verwickelten sich so in Widersprüche, daß der Gerichtshof und die Staatsanwaltschaft durch Stellung von geschickten Fragen diese Blamage zu vermeiden suchten.

Der Zeuge Niepell, ein Salatenkreuzjungling, der stolz wie ein Spanier mit dem Bismarckabzeichen im Gerichtssaal erschien, belastete besonders den Angeklagten Frieh Kern sehr schwer. Obwohl zwei Arbeiterinnen ganz energisch bezeugten, daß Frieh Kern an den Zusammenrottungen nicht beteiligt war, wurde doch dem Bismarckabzeichenjungling Niepell geglaubt.

Die beiden Verteidiger: Justizrat Dr. Ablass-Hirschberg und Rechtsanwalt Dr. Simon-Breslau wiesen darauf hin, daß die meisten Zeugen entlastend für die Angeklagten aus-

sagten und daß die wenigen Zeugen, die belastende Aussagen machten, sich in Widersprüche verwickelten, wie der Polizeibetriebsassistent Kluge, der Zeuge Niepell, der Zeuge Garbakh. Bei Garbakh stellten die Verteidiger fest, daß er ein notorischer Lügner und ein sehr leicht beeinflussbarer Mensch sei.

Die Verteidiger plädierten bei den meisten Angeklagten um Freisprechung.

Obwohl der Staatsanwalt selbst einen Teil seiner Belastungszeugen fallen ließ, beschloß die 1. Strafkammer des Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichtsprasidenten Konstantius, an dem 2 Beisitzer (SPD!) teilnahmen, nach zweistündiger Beratung, die Berufung bei Gottwald, Sauer, Burghardt, Richter, Mai, Scholz, Paul Brosig, Baumell und Pausch zu verwerfen. Nur einigen Angeklagten wurde jetzt die Untersuchungshaft angedroht. Bei Frieh Kern wurde die Strafe auf 8 Monate ermagigt.

Bei Heinke wurde die Strafe auf 5 Monate ermagigt, bei Wittmer auf 4 Monate. Garbakh wurde nur wegen Aufruhr freigesprochen. Bei Stief wurde die Verhandlung vertagt. Artur Brosig wurde freigesprochen.

Während der ganzen Verhandlungen versuchte das Gericht den Anschein zu erwecken, als ob es gegen die Angeklagten milde gesinnt sei. Das Urteil bezeugt aber, daß es ein Klassenurteil im schlimmsten Sinne ist.

12 Jahre hinter Kerlermanern.

(Eigener Drahtbericht)

Cresfeld, 12. Juli

In einer dreitägigen Verhandlung standen 11 Arbeiter wegen Landfriedensbruch vor dem erweiterten Schöffengericht. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von 12 Jahren 2 Monaten Gefängnis und bei allen auf Aberkennung der Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Den Deckel auf die Polizeikloake!

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 14. Juli

In Preussischen Landtag brachte die kommunistische Fraktion einen Antrag auf Besprechung der Polizeihandlungen in Hannover und Düsseldorf ein. In einem anderen Antrag verlangte sie die Bestrafung der Polizei, des Regierungspräsidenten und des Innenministers. Gleich zu Beginn der Verhandlungen kam es zu großen Krawallen. Der Präsident Leinert, der Oberbürgermeister a. D. der Saarmanstadt, provozierte dauernd die kommunistische Fraktion und schloß wegen einer Lapalisse die Genossin Rosi Wolffstein auf 14 Tage aus. Die Bürgerlichen nachsten Beisatz. Die Tribunen beteiligten sich an den Spitzreden der Kommunisten. Bogl, der Assistent des Polizeiberichtes, war anwesend.

Die „Rote Fahne“ wieder auf dem Kampfplan.

Die „Rote Fahne“, die von Severins 14 Tage verboten war, erscheint wieder. Sie wird wieder zur arbeitenden Bevölkerung Deutschlands sprechen. Nicht um einen Tag hat Severins das Verbot dieses proletarischen Kampfblattes gewahrt, obwohl er der faschistischen „Deutschen Zeitung“ acht Tage „Geheul“ hat. Das Wort Pressefreiheit ist in „der freiesten Republik der Welt“ eine Phrase. Trotz aller Schikanen und Unterdrückungen wird die „Rote Fahne“ immer das Sprachrohr der revolutionären Arbeiter bleiben.

Auch in Macdonalds Paradies marschieren die Kommunisten.

Seit der Ministerprasidentenwahl Macdonalds haben sieben Nachwahler stattgefunden. Bezeichnend ist die Verschlebung der Stimmen in dieser Zeit. Während die bürgerliche Partei an Stimmen verlor, haben die sozialistische und die kommunistische Partei gewonnen. Besonders bemerkenswert, wenn man die Kleinheit unserer englischen Bruderpartei berücksichtigt, ist der Erfolg unserer Genossen über dem Kanal. Wir haben insgesamt 589 000 Stimmen gewonnen. Selbst im südlichen Berde der zweiten Internationalen beginnt die Arbeiterbewegung der Arbeiter in den Seeverkehr zu erwachen.

Heraus mit der Sprache!

Wir fragten in Nr. 81 unseres Blattes die Breslauer Behörden an, ob es wahr sei, daß in dem Breslauer Untersuchungsfangnis in der Graupenstrae wechsellufige Gefangene mißhandelt und gefoltert werden. Die Behore hat sofort ein — gegen unseren Gewährsmann! Gegen diesen, einen Gefangenen wurde sofort ein Verfahren eingeleitet. Wenn nimmt das Wunder in unserer Saarmanrepublik. Ein Staat, der Menschenfreier und 22fache Luftmorder als Volksheld ausstellt und sie vor Anklagen und Angriffen schützt, wird bei „harmlosen Mißhandlungen“ nicht anders verfahren. Er geht mit aller Schärfe des Gesetzes vor — nicht gegen etwaige mihandelnde, folternde Beamte, sondern gegen die, die die Akte aufdecken wollen. Daß die Breslauer Gefängnis-Kommission, es sind ja Sozialdemokraten, nichts konstatierte, daß die Breslauer Presse, daß Herr Löbe keine Anklagen formulieren und nicht untersuchen, daß die Behörden nichts taten, wen wunderd das? Niemanden!

Nur das Proletariat als herrschende Macht wird diesen Angebotsfall der Republik austandern.

Der kommende Goldregen.

Breslau, 14. Juli

ha. Wäre auch nur der zehnte Teil bürgerlicher und sozialdemokratischer Versprechungen in Erfüllung gegangen, Deutschland würde heute im Golde erstrahlen, anstatt von der schwersten Wirtschaftskrise erhitet zu werden. Seit vier Jahren vertreten die sozialdemokratischen „Realpolitiker“ die deutschen Arbeiter auf englische und amerikanische Anleihen, die nicht kommen, und warnen sie vor eigenen Aktionen. Seit vier Jahren warnen die kommunistischen „Phantasten“ und „Mozipisten“ die Arbeiter vor diesen Anleihe-Illusionen und hämmern ihnen die Lehre des Klassenkampfes ein, daß nur die eigene Aktion sie aus dem Elend befreien kann. Die Arbeiter, die man zehn Jahre lang betrogen hat, sollen weiter betrogen werden, durch die Irlehre es gebe einen friedlichen, harmonischen Ausweg aus dem Chaos und diesen Ausweg würden uns die gutmulligen Bankiers Englands und Amerikas weisen.

Das Schicksal der Engländer hat diesen Glauben neu belebt. Darüber hinaus ist tatsächlich durch die Annahme des Gutachtens die Begebung einer Anleihe an Deutschland heute zu einer Möglichkeit geworden, auch nicht zu einer Wahrscheinlichkeit geworden. Sie ist auch heute noch unwahrscheinlich, weil durch die Fortdauer der Ruhrbesetzung und ihrer Folgen und durch die Gefahr neuer Sanktionen den Geldgebern der Entente eine Anleihe an Deutschland und der Zinsendienst für sie nicht genügend gesichert erscheint. Sie ist immerhin möglich geworden, weil seit der Annahme des Gutachtens und durch den englisch-amerikanischen Druck auf Frankreich das Selbstbestimmungsrecht Frankreichs über die Ruhr und über neue Sanktionen eingeeignet werden wird und weil die gesonderte Ausbeutung des Ruhrgebietes durch die Auslieferung des ganzen Deutschen Reiches an die Entente zum Teil überflüssig wird.

Umso notwendiger ist es heute, frei von allen Uebertreibungen und schädlichen Illusionen, die Ursachen und Folgen einer etwaigen auswärtigen Anleihe an Deutschland zu untersuchen.

Was ist eine auswärtige Anleihe und zu welchem Zwecke wird sie begeben?

Das Begeben auswärtiger Anleihen ist eine jahrhundertalte Erscheinung, die besonders in den letzten Jahrzehnten in den imperialistischen Staaten eine große Bedeutung erlangt hat. Eines der wesentlichsten Mittel zur Unterjochung der Kolonialvolker, zur Abschung ihrer alten Regierungen, zur Einsetzung von europäischen Schuldenkommissionen, die die Macht in dem betreffenden Land übernehmen, zur Aufsteigerung des Grund und Bodens, zur Ausplanderung der gesamten Kolonie waren gerade die Anleihen. Die barbarische Finanzarbeit Suckerkaulender von Eingeborenen, der Verkauf der noch gründen Getreidehalme, der Zusammenbruch von Millionen Eingeborenenexistenzen war notwendig, in allen Kolonien, um die Anleihen des internationalen Kapitals sicherzustellen. Das ist die Kolonialgeschichte aller Völker.

Wie wird eine Anleihe begeben? Erstens wird die volle Summe ausgezahlt. Beträgt beispielsweise die Anleihe offiziell 100 Millionen Mark, so erhält das betreffende Land in der Tat nur ca. 70 oder 80 Millionen, 20 bis 30 Millionen bleiben in den Fingern der Bankiers liegen. Zweitens werden vorzuziehende Zinsen bedient.

Die Liegnitzer Textilindustriellen sperren 2000 Heimarbeiter aus.

Durch den Fahrungsschwarzarbeiter in Breslau sind neue ohne rechtsverbindlich festgesetzt worden. Diese Löhne, die wahre Hungerlöhne sind, wollen die Textilunternehmer nicht zahlen und haben deshalb alle Heimarbeiter aussperrt. Heimarbeiter von Liegnitz! Nach fünf Jahren Knechtschaft haben sich die Unternehmer wieder so stark, daß sie keinerlei Abmachungen mehr anerkennen wollen. Sie wollen billigeren Schwarzarbeiter und Heimarbeitern! Bleibt fest. Kampft für menschenwürdige Löhne! Verlangt vom Textilarbeiterverband, daß er den Kampf mit der größten Machtlosigkeit führt. Textilarbeiter Schlesiens! Unterstützt den Kampf eurer Liegnitzer Kollegen!

Gehs Opfer der Arbeit!

Auf der Suche Bonifatius fand eine Schlagwetterexplosion statt. Dabei wurden vier Bergleute getötet und drei schwer verwundet. Die Betriebsleitung läst falbschuldig mitleiden: Der Betrieb kann aufrechterhalten werden.

Der Prolet greift — der Bergbau will!

Drittens bedingt sich das Land, das die Anleihe begibt, die Abnahme bestimmter Erzeugnisse aus. Infolgedessen fließt das Geld der Anleihe, die die großen Industriekonzerne durch ihre Banken begeben, insolge ihrer Warenlieferungen an sie wieder zurück und gibt ihnen den doppelten Gewinn der Anleihezinsen und des Warenverkaufs.

Viertens geht der gesamte Steuer- und Zollapparat der Kolonie, ja schließlich die ganze Kolonie in die Hand des Gläubigerstaates über.

Die Geschichte der Anleihe ist mit dem Blut Zehntausender von Kolonialsklaven, mit Krieg, Mord, Plünderung und furchtbarem Elend der Eingeborenen geschrieben.

Im wesentlichen dieselbe Erscheinung nehmen wir bei der Begebung von Anleihen durch die Großmächte an die kapitalistischen Kleinstaaten wahr. Neuholländisch bleiben diese kleinen Staaten wie Polen, Oesterreich usw. selbständig, in Wirklichkeit werden sie zu ebenso abhängigen Vasallenstaaten der Großmächte und ihrer herrschenden Industrieoligarchie und Großbanken wie die Kolonien. Nur daß die Abhängigkeit weniger sichtbar ist, nach außen verdeckt wird.

Wird eine Anleihe an Deutschland andere Ursachen und Folgen haben?

Werden England und Amerika der deutschen Industrie Geld leihen, damit der alte deutsche Konkurrent, den niedrigeren zu vernichten sie vier Jahre Krieg geführt haben, wieder stark und leistungsfähig wird? Sind die englischen Bankiers kapitalistische Räuber oder christliche Schwachköpfe, sind sie Raub- und Marktpolitiker oder sozialdemokratische Wachwörter? Wollen sie Gewinne erzielen oder dem deutschen Arbeiter und Kapitalisten helfen?

Die Bedingungen einer auswärtigen Anleihe an Deutschland werden nicht milder, sondern härter und entehrender sein als sie je einem Kolonialvolk gestellt wurden. Das Gutachten sieht ausdrücklich vor, daß die Anleihe von 300 Millionen Goldmark, mit der die Sachverständigen rechnen, reiflos in die neue Goldnotenbank eingezahlt wird. Diese Bank wird vollkommen von deutscher Regierungskontrolle befreit sein. Neben dem deutschen Verwaltungsrat tritt ein Ausschussrat, der mindestens zur Hälfte aus Ausländern besteht. Ein ausländischer Kommissar erhält das Recht, jeglicher Kontrolle. Er wird in Wahrheit der Leiter der Bank sein und damit über die Verwendung der Anleihe bestimmen.

In den Statuten des Sachverständigenausschusses steht nicht zu welchen Bedingungen, soweit es überhaupt geschieht, die Bank der deutschen Industrie Geld leihen wird. Welche Zinsen, welche Sicherheiten, welche Kontrolle wird die Bank bei Krediten an die deutsche Industrie verlangen? Nun, jeder Kundige wird die Antwort wissen.

Die neue Bank wird ein Express- und Aufsichtsinstitut der deutschen Wirtschaft sein.

Um die Reparationsabgaben übersichtlicher werden zwei weitere ausländische Kommissare tätig sein, einer als Beherrscher der deutschen Eisenbahnen, der andere als Herr des deutschen Steuer- und Zollewesens, daneben ein Treuhänder für Eisenbahn- und Industrieobligationen (sehr verzinsliche Papiere, die die Teilhaberschaft der Entente an deutschen Unternehmungen und an der deutschen Eisenbahn festlegen). Außerdem ein Heer von Untersuchungskommissionen, die uns ausfragen und kontrollieren werden, ärger als je einem Skottentottenstaat.

Die Anleihe sollte sie wirklich kommen, wird das deutsche Wirtschaftsleben nicht einer neuen Blütezeit entgegenführen, sondern Deutschlands Untergang befehlen.

Aber folgen wir einmal der großen „Realspekulation“, der deutschen Sozialdemokratie, in ihren lächerlichen Träumen. Angenommen die Wirtschaftskrise würde durch die Anleihe behoben, das Wirtschaftswesen käme wieder in Gang — wäre damit die Gewähr gegeben, daß nicht nur der deutsche Kapitalist märchenhafte Gewinne erzielt, sondern der deutsche Arbeiter aus dem Elend herauskäme? Befiehlt

Genossen!

Berichtet über die Kleinbauern, Pächter und Siedler. Die Arbeitsbauern

müssen eure Bundesgenossen im Kampfe gegen die Unterwerfung. In Obereschleien

unterstützen

sie durch Sammlung von Lebensmitteln über

100 000 streikende Bergarbeiter.

Es ist unsere große geschichtliche Aufgabe, wenn wir die Ausbeutung der arbeitenden Massen beseitigen wollen.

Die Einheitsfront der Schaffenden in Stadt und Land auszurufen. Dazu gehört eine großzügige Agitation unter den Kleinbauern, Pächtern und Siedlern. Voraussetzung

ist

daß uns sofort sämtliche Ortsgruppen und Vertrauensleute Material über Pacht- und Zinsweise, über Steuererhebungen der Pächter, Steuerrecht an den Arbeitsbauern usw. berichten. Die sofortige Durchführung dieser Aufgabe ist zur Gewissung der Arbeitsbauern und ihrem festen Zusammenschluß mit den Ausbeuteten der Städte nicht nur eine Voraussetzung, sondern

ein Gebot der Stunde.

Zuschriften an Reichstagsabgeordneten Alfred Hamann, Breslau, Srednicher Straße 50.

eine vollkommene Interessengemeinschaft zwischen Kapitalist und Arbeiter?

So wenig die ungeheuerlichen Kriegs- und Revolutionsgewinne des deutschen Kapitals den deutschen Arbeitern Wohlstand, ja auch nur menschenwürdige Löhne gesichert haben, so wenig würde es eine Anleiheoperation tun. Die Profite der Hochkonjunktur den Kapitalisten, die Lasten der Krise den Arbeitern! Das ist seit jeher der Grundsatz der Bourgeoisie.

Nicht Wohlstand für das deutsche Kapital, sondern gefährliche Existenz für das Proletariat! Nicht Auslandsanleihen für die deutsche Bourgeoisie, sondern Konfiskation der deutschen Reichtümer durch die Werttätigen und für die Werttätigen! Noch schwimmen genug deutsche Goldmilliarden im Ausland und im Inland herum, deren Beschlagnahme genügen würde, nicht hantierende deutsche Unternehmen zu sanieren, sondern die Not der deutschen Arbeiterklasse zu beseitigen. Wir wollen nicht das deutsche Ausbeuterverhältnis durch englisches und amerikanisches ersetzt wissen. Ist das deutsche Kapital bankrott, verliert das Ententekapital auf dem Umwege über eine Anleihe und durch ähnliche Schliche die deutsche Wirtschaft zu sanieren, zu kontrollieren und zu übernehmen — nun, so werden und müssen die deutschen Arbeiter und ihre Organe, die revolutionären Betriebsräte, der Entente diese Arbeit abnehmen, um selbst die Kontrolle, „Sanierung“ und Übernahme der deutschen Betriebe durchzuführen.

Der Anleihewindel ist Demagogengezwänge. Nur der Weg der Produktionskontrolle und -übernahme führt zum Ziel.

Die Hauszinssteuer und Sehering.

Der amtliche preussische Pressedienst des Herrn Sehering schreibt: Die Miete sei erhöht worden, weil die Hauszinssteuer ebenfalls erhöht worden sei. Mit der Hauszinssteuer hätten aber die Mieter nichts zu tun. Sie brauchen nur Miete zu zahlen. Der Pressedienst will die Tatsachen verhehlen, denn in der Miete ist ja ausdrücklich die Hauszinssteuer enthalten. Ähnlich wird darauf hingewiesen, daß die Hauszinssteuer den Mietern nicht gebunden werden kann. Nur die Vermieter können auf Antrag von der Hauszinssteuer befreit werden. Das heißt also:

Die Mieter müssen unter allen Umständen die Hauszinssteuer zahlen, die Hausbesitzer jedoch brauchen sie nicht abzusetzen, sondern können sie vorläufig für sich behalten.

Den Hauszinsrentnern werden mit der gleichen Methode von den Preußen gewalttätige Gelder geklopft, mit der den Großindustriellen der Kyprowitzige Lohnraub der Arbeiter- und Angestellten vom Tische zur Verfügung gestellt wurde.

Farbige Winde.

Erzählt von Wasswolod Iwanow.

(Verlag Carl Hoyer Röh. Louis Sogusky, Hamburg 8)

III.

Der Pope Isidor hat einen zottigen, grünlich schimmernden Kopf. Die Stimme ist dumpf, die Sprache stöhnerisch, als löne sie aus dem Grund der Sumpfe. Weiterschreitend geht er in seinem grünen Priesterrod. Der Kopf ist hoch, die unteren Hände — hoch. Aber die Augen klar und klar wie unterirdisches Quellwasser.

In der Stube ist es kalt, der T. Abnape Isidor fühlt sich fremd darin. Als wenn es nicht seine Stube wäre.

Als wenn Isidor Jesimysch hier der Hausherr wäre. Dieser setzte sich bedächtig auf den hölzernen, bemalten Divan und jagte selbster:

„Ein schlechtes Leben hast du hier, Vater Isidor, du hättest ein Hausbauer werden sollen. Was hast du mit der Gemütskraft zu schaffen?“

Dampf leuchtete der Pope auf: „Ja, das weiß ich! Wenn ich so abends, in der Dunkelheit bei den Bienen bin: Luft, Honig... und alle die Grater ringsherum.“

Er sah sich um — an der Wand hingen verschiedene Bilder. Eine Lampe mit rotsafarbenem Schirm. Im Nebenzimmer — die Frau des Popen, maget, verpackt, in einem roten Häubchen, ganz wie der Lampenschirm.

„Nichts zu machen — die Familie mag man kalt kriegen und fluchen!... Mühe zu einem Selbstgebrannten?“

Isidor Jesimysch wiederholte eigenhändig keine Frage: „Hast du von dem neuen Glauben nichts gehört, Vater?“

Ein neuer Glaube ist jetzt angekommen, so sagt man... „Hast nichts gehört davon. Du hast noch immer einen neuen Glauben? Ja, ein neuer Glaube wäre nicht schlecht. Ich möchte vielleicht auch so einen neuen Glauben haben. Aber ich weiß nichts davon, habe nichts gehört.“

„Du hast auch an deinem genug. Schon zu, daß du mit deinem eigenen Glauben fertig bist. Du sollst nicht allzuviel zu hoch hinaufsehen. Hüter ist's da drinnen im Menschen, hinterher. Da geht so ein Pope leicht irre. Bleib wie du bist, Isidor, und hast zu, daß du deine Sache kennst.“

Der Pope der nun ein dunkler Fleck an der Wand

wand, löste sich jetzt von der Tapete ab, neigte den zottigen Kopf zu Isidor Jesimysch. Ein Geruch von Sumpfrätern und kalten unterirdischen Wassern schlug diesem ins Gesicht.

„Weißt du — ich glaube? Hast deinen Mund, Isidor Jesimysch, über das, was ich dir jetzt sage. Seitdem ich hier in die Wälder geraten bin — glaube ich nicht mehr!... Warum hat Gott die Wälder vergessen? Warum steht in der Schicht nichts davon? Weil die Wälder ihren eigenen Gott haben... Und auch ihre eigenen Seligen...“

Er setzte sich neben ihn auf den Divan. Aus dem grünen Bart kam es leise geflüstert:

„Die heiligen Einsiedler, die in den Wäldern lebten, haben an den christlichen Gott nicht geglaubt!... Seit ich in die Wälder geraten bin, weiß ich das gut. Versteht du: mich packt die Angst... Eine Flamme hat sich in meiner Seele entzündet, ich halte sie fest, schlage sie wieder!... Schlägt sie einmal aus mir heraus — dann verbrennt sie alle Wälder.“

Der ganze Bart schwebte in die Höhe, der Waldpope stand wieder an der Wand.

„He, Frau! Gibst du uns keinen Tee?“

Draußen glühte noch immer die unerträgliche Hitze. Im Schatten des Speichers schienen die Biene mit geflickten Köpfen, ihre Beine waren weiß, und langsam bewegten sich die runden Bäuche.

In den Stuben des Popen aber war es feucht und kalt. „Der Herr ist ja bald da“, sagte Isidor, „da mag ich zu den Bienen in den Wald. Kommt du nicht mit, Isidor Jesimysch?“

Isidor Jesimysch antwortete mit tiefer Stimme: „Ich habe Ehre zu Haus... Der jüngere ist aus dem Kriege zurückgekehrt...“

„Habe gehört. Das ist der, der den Kisten erschossen hat?“

„Nein, der andere.“

„So — ja. Das kommt vor. Bist du das?“

„Nein.“

„Das ist recht. Ich würde es auch nicht gutheißen. Aber man mag schweigen — Politik, und dann geht's uns ja auch nichts an... Wenn es gegen Gott wäre oder so etwas...“

„Gegen Gott?“

Isidor weitete die Arme und sagte: „Es lang harrend, als wenn ein Schiffeil gespalten würde. Scherle gelbe Zähne...“

Die Bürgerblut-Regierung marschiert.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Juli

Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei sind bereits so weit gediehen, daß die Umbildung der Reichsregierung und der Eintritt der Deutschnationalen Partei in die Regierungsverantwortung in Kürze spruchreif ist. Die Deutsche Volkspartei hat bereits in den Entschließungen ihrer Zentralauschubstung in Frankfurt a. M. zum Ausdruck gebracht, daß eine Durchführung des Sachverständigenberichts ohne die Mithilfe der breitensten bürgerlichen Kreise unmöglich ist. Obwohl das Reichsjustizministerium das Gutachten dahin abgegeben hat, daß die verschiedenen Gesetze aus dem Sachverständigenbericht nicht der qualifizierten Mehrheit für verfassungsändernde Gesetze bedürfe, ist man in den leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei von dem Gedanken abgekommen, auf so schmaler Basis die Gesetze zur Annahme zu bringen. Es besteht jetzt begründete Hoffnung, daß die Deutschnationale Partei unter gewissen Bedingungen bereit ist, an dem Zustandekommen der erwähnten Gesetze mitzuwirken. Da auf die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei nach ihrer bisherigen Haltung sicher zu rechnen ist, wäre die Annahme der Gesetze mit über Zweidrittel-Majorität damit gesichert.

Ueber die Personenfrage ist zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei bereits weitgehende Übereinstimmung erzielt, ebenso über die Frage der preussischen Regierung. Die Deutschnationale Volkspartei betont jedoch auf das Nachdrücklichste, daß sie auf der Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Schutzzölle unbedingt bestehen müsse.

Sie haulen wie die Vandalen.

Der Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages befaßte sich eingehend mit dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen. Der Berichterstatter stellte dabei fest, daß der mitgewordene Reichswehr 39 Tote und 56 Verwundete zum Opfer fielen. In schweren Mißhandlungen sind 108 Fälle bekanntgeworden. 845 Personen hat man in Schutzhaft genommen, Selbst 20 Lehrer wurden verhaftet.

Der preussische Minister und „Genosse“ Sebering erklärte ja nach dem Ueberfall auf Sachsen: Wir sind stolz auf unsere Polizei und Reichswehr.

Die letzte Ehrung.

In Schwerin fand die Beerdigung des von der Justiz in den Selbstmord getriebenen Genossen Neubacher unter ungeheurer Beteiligung der Arbeiterschaft statt. Die Polizei versuchte wiederholt zu provozieren, indem sie verbot, dem Leichenzuge eine schwarz umflokte rote Fahne voranzutragen. Während der Rede des Genossen Jungbluth stenographierten 8 Kriminalbeamte die Rede mit, dank der besonnenen Haltung der Arbeiter fiel niemand auf die Provokation der Polizei rein.

Herriots Polizei gegen die Saarländer.

(Eigener Drahtbericht.)

Saarbrücken, 14. Juli

Eine Versammlung der streikenden Belegschaft der Dillinger Hütte wurde durch Wölbendepolizei aufgelöst.

Das sind wahrscheinlich die „Segnungen des Herrn“ nach denen die SPD. sich sehnt.

Den toten Jaures ins Pantheon — die lebenden Anti-Militaristen ins Gefängnis!

Eine neu organisierte Geste hat die französische Regierung gemacht durch den Beschluß, den alten Vorkämpfer gegen die imperialistischen Kriege, Jaures, im Pantheon unterzubringen. Guitteur und andere Kämpfer gegen den Militarismus müssen heute in Verbannung leben. Hunderte französischer Kämpfer, die sich gegen kommende Kriege einsetzten, müssen in französischen Gefängnissen sitzen. Der Mainzer Kommunisten-Prozess, in dem französische Soldaten wegen antimilitaristischer Propaganda zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurden, zeigt uns deutlich, was wir von dieser neuen Geste des Herriot zu halten haben.

„Du mußt mich entschuldigen, Isidor Jesimysch... Ich bin viel im Walde, da vergißt man das Reden... Und auch die Worte...“

„Und wie befehlst du?“

„Wie ich bete?“

Isidor blinnte schau um sich und neigte sich wieder über ihn.

„Lauf bete ich nur, wenn ich in der Kirche bin... Wenn ich allein bin weiß ich keine Worte... Da schweige ich... Versteht du?“

Isidor Jesimysch erhob sich, fuhr sich mit den Händen über den Bart. Trostlos klang seine Stimme:

„Siehst du, du bist ein Pope! Du schweigst! Und was sollen wir dann tun?“

„Ich weiß nicht, ich weiß nicht... Ich spreche zu dir aus meinem Gewissen. Sage es nicht weiter... Sag's keinem, Schweig auch du...“

„Und da sollen wir nun alle schweigen?... Es geht mir schlecht, Vater Isidor, allerlei böses Geseier vertriebt sich in meiner Seele...“

Isidor Jesimysch ging fort. Der grünhaarige Pope Isidor blieb allein am Fenster sitzen, und im Innern seines großen Körpers häßten keine, winzige Gedanken: Aber die Bienen, vom Honig, von dem großen unbegreiflichen Bienen.

Der Pope leuchtete tief auf und sagte dumpf:

„Honig... Waldblust... und hier soll einer alles laut hersegen!“

Uffinga ging am Tor auf und ab und befaßte die Erde mit ihren dünnen, mageren Beinen. Sie sammelte die Späne in ihre zerissene Schürze ein, aber sie fielen durch die Lücken wieder heraus und leuchteten gelb auf der schwarzen Erde.

Dumiri laßt unruhig:

„Nur zu, Großmutter, sammle, sammle, — wenn du kümmerst, wird es für den Leichenhauens reihen.“

Althman arbeitete am Tor.

Stemion machte sich am Wagen zu schaffen, er wollte seine Schwester Agrippina von der Waldhütte abholen. Hinka bereitet ihr feines Korn, damit er sich den Schnaps selbst brennen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaft.

Die „mutigen und konsequenten“ Amsterdamer im OGB.

Von einem ober-schlesischen Genossen wird uns geschrieben:

„In den diesjährigen Wahlen der Betriebsräte bei der Eisenbahn haben die einzelnen Bezirke besondere Listen der Gewerkschaftsopposition aufgestellt. Dieser Schritt beim Beschluss der oppositionellen Kollegen, hat den Hauptvorstand des OGB, Scheffel natürlich mächtig in die Walle gebracht und schnell wurde der Beschluss zustande gebracht, die Kollegen, welche auf den Listen der Opposition kandidieren, werden ausgeschlossen.“

Unmöglich ist die Wahl getätigt. In den verschiedenen Bezirken wie Berlin, Oberschlesien usw. hat die Opposition einen nicht bestreitbaren Erfolg errungen. Letzteres trifft vor allem Dingen für Oberschlesien zu, wo die Liste der Opposition 11 Sitze, die des OGB 2, und die Welten und Christen je einen Sitz erhielten. Es soll nun nicht weiter umjertelt werden, wodurch gerade im hiesigen Bezirk solche Erfolge der Opposition zu verzeichnen sind. Fest steht aber, daß den Amsterdamer Kollegen, die sich der früheren Bezirksleiter Mähmel, jetzt in Breslau, verdienstlich seine Art, die Eisenbahner in demagogischer Weise zu verzerren und einzuschüchtern, hat das Gegenteil seiner stillen Hoffnungen ausgefüllt und die Eisenbahner bestimmt, sich auf den Boden der Opposition zu stellen. Seine vom Hauptvorstand anerkannte Tätigkeit als Bezirksleiter brachte den Bezirk von 10000 bis 12000 Mitgliedern auf etwa 1500. Was geschah? Mähmel wurde nach Breslau verbannt, um dort die Opposition zu stärken. Doch dies nur nebenbei. Unmittelbar nach den Betriebsratswahlen begann der Hauptvorstand mit der angekündigten Ausschlußkampagne und raste vor allen Dingen in den Bezirken, wo die Opposition zahlenmäßig schwach ist oder aber ihr der Mut zum Kampf mit dem Drachen fehlt. Jedes Verbandsorgan war halbtot mit der Verurteilung von Ausschüssen gefüllt. Über die ober-schlesischen Genossen suchte nach ihrem Namen vergeblich. Wohl hat Scheffel den Genossen Wiora, welcher gewerktes Hauptvorstandsmitglied ist, aus einer Vorstandsstellung in Berlin hinauswerfen lassen. Wohl hat man die oppositionellen Vorstehenden der ober-schlesischen Ortsgruppen um die Teilnahme an der Bevollmächtigtenskonferenz in Weignitz geprellt. In die Ortsgruppen sabotiert, betrogen. Aber man wagt nicht, die ober-schlesischen auszuschließen. Diese letzte Konsequenz mangelt Scheffel und Konforten angeht eines Bezirkes, der unter der Führung der Opposition steht. Diese feigen Amsterdamer haben nur Mut gegen wehrlose und keine Ortsgruppen. Sie können eisernen Oppositionslisten mit falscher Feigheit aus dem Wege. Die Genossen im ganzen Reich mögen aus den Tatsachen lernen. Sie mögen einmal die notwendige revolutionäre Arbeit innerhalb der Gewerkschaft einsehen und zum anderen jeden Versuch der Gewerkschaftsbürokratie, die Organisation zu spalten, verhindern. Wird überall so verfahren, tut jeder Genosse innerhalb seiner Gewerkschaft die Pflicht als Revolutionär, dann wird die Gewerkschaftsfrage im Interesse des Proletariats gelöst, dann werden die Organisationen von den Verrätern gereinigt und die „mutigen“ Amsterdamer werden, vereint mit ihren Komplizen der Bourgeoisie, endgültig beseitigt und weggeführt.“

Betrieb und Werkstatt.

Betriebsrätebewegung und Betriebszellen.

Wir entnehmen diesen Aufsatz einem größeren Artikel des Genossen Kosowatz, der in der „Kommunistischen Internationale“ Nr. 34/35 veröffentlicht ist unter dem Titel: Grundprobleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

„Über wie wurde die Arbeit der Betriebsräte intensiver werden? Es gibt nur ein Mittel, aus den Betriebsräten eine Kraft zu machen — das ist die Bildung von Partezellen in den Betrieben. Die unbedingte Voraussetzung einer einigermaßen ernsthaften Beeinflussung der Massen ist als auch außerhalb der Betriebe ist die Schaffung von Partezellen in den Betrieben. Diese ungeheure Arbeit steht uns bevor. Sie ist nur zu drei bis vier Prozent verwirklicht. Alle unsere Parteien beginnen eben erst mit der Bildung der Partezellen, und man kann von einer Revolution noch nicht einmal träumen, solange es nicht in jedem Betrieb, in jedem Unternehmen einen sicheren Stützpunkt gibt. Wir haben die Oktober-November-Niederlage in Deutschland erlebt, und wir sind jetzt in der Lage, die Schwachen Seiten unserer deutschen Partei zu erkennen. Es ist dieselbe Schwäche, die auch in allen anderen kommunistischen Parteien in Erscheinung tritt. Hier muß sofort und restlos mit der Vergangenheit gebrochen werden. Ohne Aufbruch, ohne Ausflüchte. Es muß eine entscheidende Aenderung eintreten, denn es ist keine gewerkschaftlich-politische Arbeit möglich, solange wir nicht unmittelbar in den Betrieben kompakte Gruppen aufweisen. Wie soll der Betriebsrat normal arbeiten, wenn es im Betrieb keine Fraktion gibt? Wie soll er eine ernste revolutionäre Arbeit leisten, wenn die Seele des Betriebsrates — die Kommunisten — nicht geschlossen vorgehen? Wie soll der Betriebsrat nennenswerte Erfolge erzielen, wenn die Kommunisten nicht an die Betriebe, sondern an ihre Wohnungen gebunden sind? Die bestehende Art der Organisation isoliert die Kommunisten von ihren Betrieben, von der Produktion, von dem Arbeiterleben und von jener Masse, mit der sie organisch verbunden sein müssen. Wir können daher sagen, daß die unbedingte Voraussetzung für das richtige Funktionieren der Betriebsräte und ihre Revolutionisierung die Schaffung der Partezellen in den Betrieben, ihre Festigung und ihre Verbreiterung ist.“

Bericht der Betriebsversammlung der OGB, Breslau.

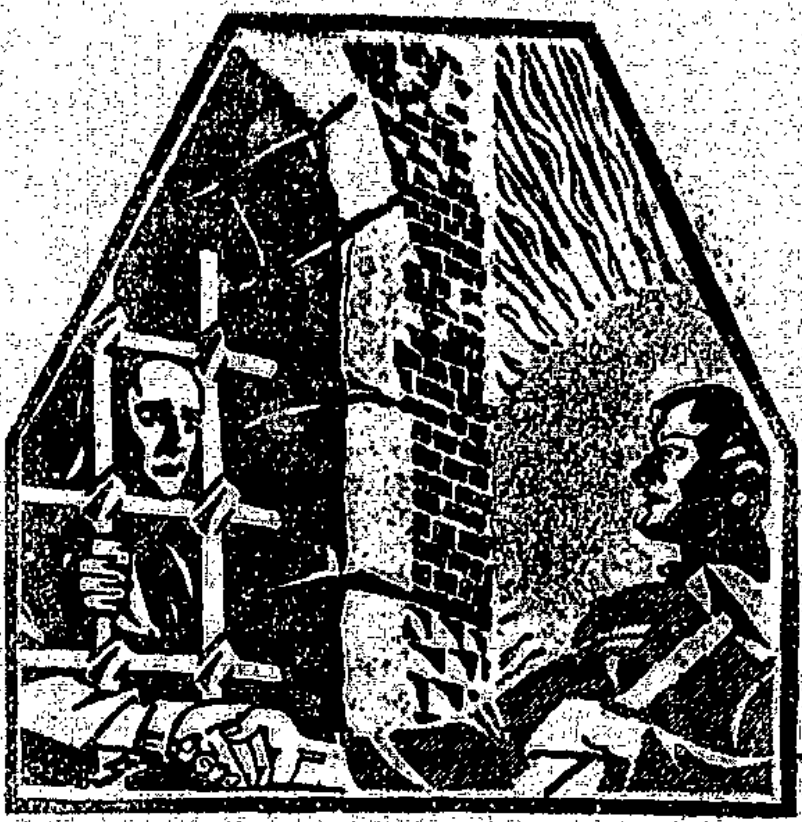
Die Versammlung ist von etwa 200 Personen besucht, davon sind 75 Prozent Frauen und Mädchen. Die Belegschaft beträgt 350 Personen.

Der Vorsitzende stellt zunächst fest, daß der christliche und freie Verband nicht vertreten sind, obwohl alle Organisationen eingeladen wurden. Der Schneiderverband sowie der Verband der Belegschaftsmitglieder (Opposition), Richtung Baal, und ein Vertreter der Gewerkschaftsopposition sind vertreten.

Kollege (Genosse) Konrad gibt einen ausführlichen Bericht über seine Verhandlungen mit der Direktion, aus dem hervorgeht, daß die Geschäftslage in diesem Betriebe eine schlechte ist und die Direktion keine Aussicht mehr über die bevorstehenden Entlassungen und die Geschäftslage gibt. Die Direktion hat sich in den letzten Tagen immer hinter einige vorgelagerte Vertreter versteckt, um sich nicht verantwortlich dem Betriebsrat gegenüber festzulegen. Der Lohnabbau, der jetzt bei allen Arbeiterkategorien verhängt wird, wird auch bei uns durchgeführt werden. Er begründet dies an Hand lebendiger Beispiele. Er zeigte klar auf, wie die deutschen Hand- und Kopparbeiter notwendig Bekleidungsstücke brauchen, die Kapitalisten nur nach ihrem Profit fragen, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Arbeiter und rücksichtslos Tausende auf die Straße werfen. Die Direktion hat die Entlassungen der Betriebsleitung genehmigt. Eine 15-prozentige Lohnreduzierung steht bevor. Welche Stellung die Gewerkschaften einnehmen, ist klar, sie werden dem Lohnabbau zustimmen.

Die Entlassungen sind die Ursache mangelhafter gewerkschaftlicher Organisation der Belegschaft. Dadurch konnte sich der Betriebsrat nicht durchsetzen.

Genosse Bongorski stellt in der Diskussion fest, daß die Direktion dem Betriebsrat



Proletarische Ehrentafel. Die Opfer des weißen Terrors.

In den Gefängnissen Breslaus, Schweidnitz, Waldenburgs, Schmachten folgende Genossen:

1. Fingeringer, Robert, seit Februar 1923
2. Springer, Georg, seit November 1923
3. Elbermann Wilhelm, seit Februar 1924
4. Senke, Alwin, seit Februar 1924
5. Krohn, Albert, seit April 1924
6. Würing, David, seit Februar 1924
7. Gläser, Max, seit April 1924
8. Radlewski M., seit April 1924
9. Radlewski, Frau, seit April 1924
10. Biewald, Wilhelm, seit April 1924
11. Brylla, Willy
12. Behr, Karl
13. Sonnenberg, Franz, (befindet sich im Hungerstreik)
14. Vellef, Theodor.

Den Ehrenplatz auf der proletarischen Gedentafel gebührt dem Genossen Max Söh,

der seit drei Jahren im Breslauer Strafgefängnis inhaftiert und zu lebenslänglichem Zuchthaus von den Klassenrichtern verurteilt wurde. Auch der Genosse Kaufmann aus Schweidnitz ist wegen Beteiligung an den Märzstreikern zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Er befindet sich im Zuchthaus Groß-Sirehlin in Schlesien.

Damit ist die Liste der Inhaftierten noch nicht erschöpft, da in Schlesien täglich Verhaftungen vorgenommen werden. An alle Ortsgruppen ergeht daher die Aufforderung, sofort die Namen derjenigen Genossen mitzuteilen, die hier nicht genannt sind.

Parteiengenossen und Genossinnen! Hinter Kerkermauern befinden sich die tapfersten und opferbereitesten Proletarier. Sie sind doppelt und dreifach von der Klassenjustiz verurteilt, denn ihre Frauen und Kinder befinden sich im größten Elend.

Revolutionäre Pflicht jeder Ortsgruppe der Partei ist es, den gefangenen Brüdern und ihren Anverwandten Hilfe zu bringen. Fühlervergessen handeln die Ortsgruppen, die nicht jedes einzelne Mitglied zur Mitarbeit während der roten-Hilfe-Woche veranlassen. Die beste Hilfe ist intensive Sammelarbeit für die Opfer der Klassenjustiz.

bewußt falsche Informationen über die Geschäftslage gegeben hat.

Es wird der Tag kommen, wo mehr als die Hälfte der Belegschaft auf die Straße geworfen wird. — Die bevorstehenden Entlassungen der 3000 Linde-Hermann-Arbeiter werfen auch ein interessantes Licht auf unsere Lage.

Konrad erklärt: Weil der Betriebsrat keine Entlassungen unterzeichnet, finanziert die Firma keine Sitzungen und Betriebsversammlungen mehr.

Kollege Baal fordert zum einheitlichen und geschlossenen Handeln auf. Ein Vertreter der Firma verteidigt die „Unfähigkeit“ eines Arbeiters, der gekündigt war. Dabei wurde festgestellt,

daß absichtlich die Arbeiter „vorgenommen“ werden, auf die „Leistungsfähigkeit“ geprüft um „Umstellungen“ im Betrieb bzw. Entlassungen durchzuführen.

Der Betriebsrat weist unter dem Vorfall der Versammlung die Auffassung des Vertreters der Firma zurück. Ein Arbeiter beweist, daß von Seiten der Betriebsleitung mit

Schützen gegen unliebsame Arbeiter vorgegangen wird. In dem weiteren Verlauf der Diskussion wird festgestellt, daß ein Teil der Gruppenführer (Werkmeister) ein sehr unkollegiales Verhalten, besonders bei Entlassungen usw. an den Tag legen und ganz bewußt die Interessen der Firma wahrte. Eine Kollegin stellt fest, daß die Gruppenführer von den erfolgten Entlassungen gewußt haben. — Nachdem einige Betriebsfragen erledigt waren, spricht Genosse Straß über Streitfragen der Gewerkschaftsbewegung und findet dann die Versammlung ihren Schluß.

Kuli-Lohn in der Zafabrik L. Heine, Breslau, Kohle.

Es wird uns geschrieben: Die in dieser Fabrik beschäftigten Arbeiter verdienen in 20 stündiger Arbeitszeit 5,60 Mark (Zwei Mark, 60 Pfennig).

Während alle Lebensmittel täglich steigen, bekommen hier Arbeiter so wenig, daß sie sich nicht mal die Margarine auf das Brot leisten können.

Verdient der Herr Fabrikbesitzer auch in 20 Stunden 5,60 Mark, daß er es wagt, diesen Hundelohn seinen Arbeitern anzuhängen?

Ihr Arbeiter der Zafabrik! Schließt Euch zusammen! Zwingt der Fabrikbesitzer, anständige Löhne zu zahlen!

**Gammelt Adressen
Inhabender Bauern!**

Breslau.

Volkswachtschwindel.

Drei Tage hat es gedauert, bis die „Volkswacht“ auf unsere Festnagelung die Sprache wieder fand, daß sie und ihre Freunde nicht für die 3000 zur Entlassung kommenden Linde-Hermann-Arbeiter um.

„In ihrer Blamage schrieben sie jetzt ihre Vertreter im Magistrat vor. Die sozialdemokratischen Stadträte kümmern sich nicht mehr um solche Sachen, liebe „Volkswacht“. Sie verweisen auf die Gewerkschaften. Diese früheren Klassenkampforgane leben heute eine Lohnbewegung, einen Kampf gegen Entlassungen, nicht gern. Sie wollen doch das Sachverständigen-Gutachten durchführen. Um aber ihre Schande zu verdecken, spricht die „Volkswacht“ davon, daß unsere Vertreter den Falsch für den freireligiösen Unterricht abgelehnt haben. (Achtung! „Volkswacht“!) Wir Kommunisten sind Gegner jeder Religion. Wir sind auch Gegner der neuen „Ueberlassermoral“, des freireligiösen Unterrichts. Wir kennen nur eine Klassenmoral, die Moral der arbeitenden Klasse und die der unterdrückten Klasse, des Proletariats. Die Sozialdemokratie, die sich in ihrer revolutionären Jugendzeit immer gegen die Kirche erklärte, hat in den Wänden, in denen sie großen Einfluß hatte, in denen sie in der Mehrheit war, nichts getan, daß der Kirche die staatliche Unterstützung entzogen würde. Sie hätten dann unumwunden gemacht, daß auf Staatskosten Kinder kirchlichen Unterricht „genießen“ müssen. Die freireligiöse Gemeinde will von Klassenkampf nichts wissen. Sie will und kann den Kindern nicht beibringen, daß die Moral abhängig vom Klasseninteresse ist. Für einen Bourgeois ist Streik ein Verbrechen. Der Proletarier sieht in einem Streik seinen natürlichen Kampf ums tägliche Brot.

Die freireligiöse Moral will verstanden, will die Gegenstände aufheben, genau so wie die „Volkswacht“. Unsere Genossen haben, wie uns bekannt, deshalb dagegen gestimmt, weil man wenn man für Abschaffung des kirchlichen Unterrichts ist, logischerweise auch gegen den freireligiösen Unterricht sein muß. Denn dieses ist nur ein schlechter Kirchen-Trick.

Unsere Lehre ist nicht der Monismus, sondern der Marxismus. Diesen zu lehren, theoretisch und im Kampf, werden die Kommunisten sofort bereit sein.

Offener Brief an das Wohlfahrtsamt Breslau!

Sie verlangen die Angabe des Namens, um den Arbeiter helfen zu können, dessen „wohlwollende“ Behandlung wir in Nr. 78 unter dem Titel: „Wie die Wohlfahrtspflege ausbleibt“, brandmarkten.

Dazu haben wir zu erklären: Wir haben diesen Vorfall gebracht, weil er einer unter vielen ist. Täglich werden bei Ihnen Leute so ähnlich abgefertigt, wie der Wohlfahrtsdirektor Laugner den Hilfesuchenden abgefertigt hat. Mit dem einen Fall kennzeichnen wir das System, meinen wir alle bedürftigen Menschen, die sich an Sie wenden.

Deshalb genügt es uns nicht, daß diesem einen geholfen wird, sondern wir verlangen für alle ausreichend Brot und Auskommen. Es sind alles Menschen, die durch Scharfmachermethoden der Unternehmer auf die Straße geworfen sind. Es sind alte Leute, die ihre Jugend, ihre Kraft in einem arbeitsreichen Leben verbracht haben. Kein Unternehmer stellt sie ein, zieht sie jungen Kräften vor. Es sind die Invaliden der Arbeit, der Kriege, der Verkehrsunfälle, denen niemand Arbeit geben will, die niemand ausreichend unterstützen will. Einer bringt den Mut auf, macht Krach und geht in die Offensivität; Hunderte, Tausende haben nur noch Tränen, können nur noch die Fäuste ballen.

Darum meine Herren vom Wohlfahrtsamt, wollen Sie helfen und wirklich etwas tun, dann schaffen Sie Arbeit. Sorgen Sie, daß die, die nicht mehr arbeiten können ein ausreichendes Auskommen erhalten.

Wir können das nicht, diese Antwort hören wir schon. Ja, wenn Sie die Lösung mit den Mitteln Ihres Stats erreichen wollen, dann werden Sie Schiffbruch erleiden. Verlangen Sie vom Magistrat, von der Stadtverordnetenversammlung die dazu notwendigen Mittel. Unsere kommunistischen Stadtverordneten werden Sie unterstützen.

Ein Falsch 5500 Mark unterschlagen.

Der Vorsitzende der Breslauer Studentenschaft wurde erfaßt, da sich bei einer plötzlichen Kassentrevision ein Mantel von 5500 Mark herausstellte. Die Breslauer Studenten, die in ihrer Mehrzahl so nationalistisch gelautet, können sich freuen, ein solches Prachtexemplar von „teutscher Treue und Redlichkeit“ zu besitzen. Das ist die Blüte der Nation.

Der Magistrat teilt mit: Eine besonders günstige Form der dauernden Versorgung verwaister oder unehelich geborener Kinder ist die Adoption. Es besteht deshalb die Absicht, im städtischen Jugendamt, Blücherplatz-Parade, eine Vermittlungsstelle für Adoptionen unter ärztlicher Mitwirkung zu errichten. Auf diesem Gebiete bestehen „sehr große“ Mißstände insofern, als häufig Kindesmütter in den Tageszeitungen Kinder zur Adoption anbieten oder Personen Kinder zur Adoption suchen. Hier gehen Mütter häufig leblos darauf aus, ihre Kinder loszuwerden; andererseits behaupten Personen Kinder adoptieren zu wollen, in der Absicht, in den Besitz einer Abfindungssumme zu kommen. Dabei wird oft nicht nachgeprüft, in welche Verhältnisse die Kinder gegeben werden. Diese Verhältnisse nach Möglichkeit zu beseitigen, soll die Aufgabe der neuen Vermittlungsstelle sein.

Auch das bleibt flüchtig. Der Staat soll die uneheliche Mutter anerkennen, sie nicht ächten — und das uneheliche Kind wird nicht mehr das Opfer der Ergelmacherei werden.

Auf Grund eines redaktionellen Verzeichnisses, muß die für Montag angelegte Probe auf heute — Dienstag — festgelegt werden. Näheres unter Vereinsnachrichten.

Achtung! Junge Arbeiter, Arbeiterinnen und Beschäftigte! Mittwochs, den 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Franke Sauerbrunnstr. 122, eine öffentliche Jugendversammlung für den Bezirk „Ost“ statt. Jeder Jugendliche ist zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen. Die augenblicklichen Jugendfragen, Arbeitszeit- und Dienstgehalt, erfordern das Interesse jedes Jugendlichen aus Betrieb und Schule. Sorgfältige Massenbewegung und zeigt dadurch, daß ihr nicht länger gewillt seid in dem augenblicklichen Elend weiterzukämpfen.

Kommunistische Jugend Breslau.

Aus der Partei.

Achtung! Nichtbildervortrag: „Zehn Jahre Sozialdemokratie.“ Wir fordern noch einmal die Ortsgruppenleiter auf, bis zum 16. Juli anzugeben, ob sie auf dem Nichtbildervortrag reflektieren. Die Gruppen, die bis zu diesem Tage den Vortrag nicht anfordern, müssen unter Umständen damit rechnen, leer auszugehen, da wir dann anderweitig bispanieren müßten.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Der Genosse Fris Hinkel aus der Ortsgruppe Strehlen wird durch Beschluß des Vorstandes im Einverständnis mit der Bezirksleitung aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich am Sonntag, 6. Juli, an dem Umzug der Falschisten beim Umbau teilnehmen in Weignitz betätigt hat.

